

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Übach-Palenberg

Vorsitzender: Alf-Ingo Pickartz
Stellvertretender Vorsitzender: Tim Böven
Geschäftsführer: Sven Bildhauer

Im Kauert 61
52531 Übach-Palenberg
Telefon: 02451-913793
E-Mail: fraktion@spd-uebach-palenberg.de

Alf-Ingo Pickartz, Im Kauert 61, 52531 Übach-Palenberg

An den
Bürgermeister der Stadt Übach-Palenberg
Herrn Wolfgang Jungnitsch
Rathausplatz 4

Datum: 23.04.2020

52531 Übach-Palenberg

Kinder schützen! Nutzung der Notbetreuung und Entwicklung neuer Betreuungs- und Beratungskonzepte für die Familien und Kinder im Kreis Heinsberg

Sehr geehrter Bürgermeister Jungnitsch,

die SPD- Fraktion stellt für die Ratssitzung, Dienstag den 05.05.2020 den Antrag der Verabschiedung folgender Resolution des Rates der Stadt Übach-Palenberg:

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg fordert die Verwaltung des Kreises Heinsberg, vertreten durch Herrn Landrat Stephan Pusch, auf, einen besonderen Fokus auf die Sicherung des Kindeswohls im Zuständigkeitsbereich des Kreises Heinsberg zu setzen und auf die aktuelle Ausnahmesituation angepasste Konzepte zur Betreuung und familiären Hilfe zu entwickeln und anzubieten.

Begründung:

Das Land NRW hat mit der Coronabetreuungsverordnung Ausnahmeregelungen für die Betreuung von Kindern geschaffen. Für Personen, deren Tätigkeiten der Aufrechterhaltung der kritischen Infrastruktur dient und deren Präsenz am Arbeitsplatz unabkömmlich ist (Schlüsselpersonen), ist die Betreuung nun auch im Kreis Heinsberg möglich. Eine weitere Ausnahme zur Teilnahme eines Kindes an der Notbetreuung ist die Sicherstellung des Kindeswohls im Einzelfall, hierüber entscheiden die jeweiligen Jugendämter.

Seit Wochen sind Familien mit ihren Kindern allein. Eine Betreuung in einer Kindertagesstätte oder Schule findet nicht statt. Im Kreis Heinsberg ist die Schließung dieser Einrichtungen – anders als in der gesamten Bundesrepublik Deutschland – schon drei Wochen länger in Kraft.

Zu Beginn der Krise hatten Experten und Politiker vor einer Zunahme von häuslicher Gewalt und Missbrauch gewarnt, weil die Familien dauerhaft in der Wohnung bleiben müssten und soziale Kontrolle durch Schulen, Kitas sowie Freunde und Bekannte entfalle. Für das Bundesgebiet gibt es nach Angaben des Kinderschutzbundes den nachweisbaren Trend, dass Meldungen wegen